

SIE HABEN POST

Zwischen
Hamburg
und Berlin

Ein E-Mail-Wechsel von
Abendblatt und „Cicero“

⚡ Christoph Schwennicke (r), Chefredakteur des in Berlin produzierten Magazins „Cicero“, und Lars Haider, Chefredakteur des Abendblatts, pflegen eine E-Mail-Freundschaft, die wir jeden Sonnabend veröffentlichen.

Haider: Lieber Christoph, ich würde Dir gern so offen schreiben wie in den vergangenen Wochen und Monaten. Aber ich mache es natürlich nicht, weil Dich Teile meiner E-Mails sehr verunsichern könnten ...

Schwennicke: Wieso denn? Lass uns weiter so offen fragen und antworten wie bisher. Also raus mit der Sprache.

Haider: Das war eine Anspielung auf Innenminister de Maizière, der mich mit seiner Pressekonferenz nach der Absage des Fußballspiels Deutschland-Niederlande sprachlos gemacht hat. Wie kann man in einer solchen Ausnahmesituation sagen, dass man den Bürgern nichts sagen kann, weil man sie sonst noch mehr verunsichern würde. So vernünftig die Absage war, so unverantwortlich fand ich diesen Satz.

Schwennicke: Das war unglaublich. Lieber lebe ich mit konkreter Angst als mit amorpher. Er wollte Angst vermeiden und hat sie so geschürt.

Haider: Warum hat er nicht gesagt, dass er aus ermittlungstaktischen Gründen nichts sagen kann? Es wäre so einfach gewesen. Erklär mir den Minister, den ich früher als sehr souveränen Politiker wahrgenommen habe ...

Schwennicke: Ich rätele selber. Die Sache mit dem Flüchtling, der sich ein Taxi in die Schweiz bestellt, war auch unmöglich. Das kann man in der Position nicht so kasuistisch raushauen. Seine Rolle in der CDU-Guerillatruppe „Stoppt Merkel!“ gefällt mir trotzdem.

Haider: Aber was ist sein Ziel: Aus der Regierung zu fliegen?

Schwennicke: Nein. Das eine sind Pannen und Patzer. Das andere ist der Versuch, wieder zu einer Zuwanderung zu kommen, über die man die Kontrolle erlangt und die den Vorgaben des Rechtsstaats entspricht. Im Unterschied zu Frankreich hat Deutschland nicht den Ausnahmezustand verhängt.

ZITAT DES TAGES

Nobelpreisträger glauben ja, ich hätte nichts im Kopf außer einer Null. Damit muss ich leben.

Bundesfinanzminister **Wolfgang Schäuble** am Freitag auf einem Bankenkongress in Frankfurt zur „Schwarzen Null“, einem ausgeglichenen Haushalt

HAMBURGER KRITIKEN

Mut ist die Waffe gegen den Terror

Der IS will **Angst, Hass und Zwietracht** säen – wir sollten uns davon nicht beeindruckt lassen

MATTHIAS IKEN

⚡ Die Deutschen haben ihre Lektion gelernt. 1914 zogen sie schlafwandelnd wie übermütig in den Ersten Weltkrieg, der Europa in ein Meer von Blut und Tränen verwandelte; ein Vierteljahrhundert später überzogen sie den Kontinent als Aggressor mit Tod und Verderben. Die Zerstörungen, die moralischen wie persönlichen Verheerungen, haben uns tief geprägt. Selbst der spätere Bundesverteidigungsminister Franz-Josef Strauß (CSU) soll 1949 gewarnt haben: „Wer noch einmal ein Gewehr in die Hand nehmen will, dem soll die Hand abfallen.“ Bei den Kundgebungen der Friedensbewegung gehörte es zum guten Ton, zu seinen Befindlichkeiten zu stehen. „Mut zur Angst“, lautete ein Slogan dieser Zeit.

Mehr als ein Vierteljahrhundert später ist die Angst zurück – und wie das bei uns Deutschen so ist, richtig konsequent. Nach den abartigen Terrorattacken von Paris und dem Alarm von Hannover, greifen Hysterie und Lähmung um sich. Deutsche Zeitungen fabulieren allen Ernstes schon von einem „Dritten Weltkrieg“, es gibt kein anderes Thema mehr. Selbst Firmenfeiern stehen jetzt unter Terrorvorbe-

hält. Es wäre dumm, die Terrorgefahr klein zu reden. Aber noch dümmere – und am Ende gefährlicher – ist es, sich von durchgeknallten Teufelskriegerern das Denken, das Verhalten, ja das Leben aufzwingen zu lassen.

Genau darum geht es ja: Die Dschihadisten kämpfen um unsere Köpfe – und unsere Angst ist ihre Waffe. Da reichen schon Attrappen, Gerüchte, Hinweise – und unser Alltag erstarrt. Natürlich müssen wir Gefährdungen ernst nehmen, aber ohne hysterisch zu werden. Selbstbewusstsein ist gefragt.

Geradezu absurd wäre ein Einknicken oder Zurückweichen, besser ein klares: Jetzt erst recht. Auf unsere Werte gibt es weder Rabatt, noch werden sie überhaupt verhandelt. Einige Deutsche suchen schon wieder nach Erklärungen. Angeblich hat der Islamismus nichts mit dem Islam zu tun, ist überall zu hören. Hatten die Kreuzzüge auch nichts mit dem Christentum zu tun und der RAF-Terror nichts mit dem Kommunismus? Klar ist nur: Ein Großteil der Moslems hat nichts mit Islamismus zu tun. Aber zugleich hat der Islamismus

men. Es gibt Konflikte zwischen Menschen unterschiedlicher Kulturen, Religionen und Nationalitäten. Und allen gemeinsam ist, dass sie in einem ihnen unbekanntem Umfeld leben.

Es ist richtig, wenn Innensenator Michael Neumann (SPD) in einem ersten Schritt 50 erfahrene bürgernahe Beamte zusätzlich in das Umfeld der großen Flüchtlingsunterkünfte schicken will. Gute Polizeiarbeit ist immer auch Sozialarbeit.

PETER ULRICH MEYER

Der Autor leitet das Ressort Landespolitik des Abendblatts Laible

Die Beamten können durch einen Streifendienst mit Augenmaß und Pragmatismus dazu beitragen, dass mancher Konflikt im Keim erstickt wird und auf beiden Seiten Ängste abgebaut werden können. Hinzu kommt, dass viele Flüchtlinge Polizisten und ihr Vorgehen aus ihrem Heimatland in sehr schlechter Erinnerung haben. Es geht also auch darum, bei den Zuwanderern Vorurteile abzubauen und Vertrauen zu schaffen.

Matthias Iken beleuchtet jedes Wochenende in seiner Kolumne Hamburg und die Welt Andreas Laible

Nun sind 50 bürgernahe Beamte mehr bei einer Gesamtzahl von aktuell 8436 Polizeivollzugsbeamten ein eher kleiner Beitrag. Diese Einschätzung wird sich auch nicht grundsätzlich ändern, wenn, wie von Neumann angekündigt, die Ausbildungskapazität bis 2019 schrittweise von jährlich 325 auf 425 Polizeianwärter erhöht wird.

Und doch: Diese zusätzlichen 100 Beamten sind der erste echte strukturelle Aufwuchs bei der Polizei, seit die SPD 2011 die Macht im Rathaus zurückerobert hat. Mit knapp 200 Polizeibeamten hat Neumann seitdem zwar schon die Polizeipräsenz an den Kommissariaten verstärkt. Aber diese Beamten wurden aus den Stäben und der Verwaltung abgezogen.

Der Innensenator prescht mit seiner Ankündigung jetzt vor, denn die Haushaltsberatungen des Senats stehen erst im Frühjahr 2016 an. Aber Neumann hat sich selbstverständlich Rückendeckung bei Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) geholt, der selbst einmal Innensenator war, wenn auch nur für fünf Monate. Damals, 2001, verlor die SPD die Macht nach 44 Jahren vor allem deswegen, weil viele Wähler der Partei nicht mehr zutrauten, die innere Sicherheit in der Stadt zu gewährleisten. Dies hat sich als Trauma bei den Sozialdemokraten eingebrannt. So gesehen, ist die Erhöhung der Ausbildungskapazitäten bei der Polizei auch vorweggenommener Wahlkampf.

Seite 11 Bericht

Karikatur: toonpool/ERL

LEITARTIKEL

Bürgernahe Sicherheit

Mehr **Polizeipräsenz** rund um die Flüchtlingsunterkünfte kann Beitrag zur Integration sein

⚡ Nach einem Moment der Schockstarre hat sich die rot-grüne Koalition im Hamburger Rathaus entschlossen, die politischen Herausforderungen, die sich aus der deutlich gestiegenen und dauerhaft hohen Zahl von zugewanderten Flüchtlingen ergeben, perspektivisch anzugehen. Freundlicher ausgedrückt: Es ging in den vergangenen Monaten selbstverständlich vor allem (und geht immer noch) darum, den vor Krieg und Terror geflüchteten Männern, Frauen und Kindern ein einigermaßen menschenwürdiges Obdach zu bieten und sie mit dem Nötigsten zu versorgen. Das war und ist in der Kürze der Zeit schwer genug. Wer aber davon ausgeht, dass die meisten der nach Tausenden zählenden Flüchtlinge dauerhaft hier bleiben werden – und dafür spricht viel –, der braucht ein umfassendes Konzept zur Integration.

Rot-Grün hat zu Recht den Spracherwerb, also Deutschkurse, die schulische Bildung insgesamt und die Bereitstellung von genügend Wohnraum jenseits von Baumärkten, Containern und Zelten in den Mittelpunkt gerückt. Zu einer gelingenden Integration gehört aber auch, die Schattenseiten des Zusammenlebens nicht auszublenden. Wer in seiner direkten Nachbarschaft von einem auf den anderen Tag eine Flüchtlingsunterkunft entstehen sieht, hat viele Fragen und möglicherweise Ängste – und seien sie auch unberechtigt. Und umgekehrt: Die Flüchtlinge selbst leben auf engem Raum und häufig mit ihnen völlig Fremden zusam-

Kopfflos

20. November: „Stadt will Radweg an der Alster im Januar für 30.000 Euro abreißen“

Wenn die Wirtschaftsbehörde weiter so kopfflos wirtschaftet und den schönsten und sichersten Fahrradweg Hamburgs durchs Alstervorland trotz Bürgerprotests für teures Geld endgültig zurückbauen will, dann mag man an die Finanzierung von Olympia gar nicht denken. Immer öfter wird nach Gutscherrenart am Bürger vorbeientschieden.

Annelie Kirchner, per E-Mail

Burkaverbot offen diskutieren

19. November: „CDU-Chef Heintze unterstützt Forderung nach Burkaverbot“

Ich war vor Monaten, als es noch keine Flüchtlingskrise gab, sehr irritiert, eine Burkaträgerin auf einem Bahnsteig der Hamburger S-Bahn anzutreffen. Ich habe mich gefragt, ob meine Irritation mangelnder Gewohnheit geschuldet ist. Ich bin zu dem Schluss gekommen, dass darüber hinaus jedoch Grundsätzliches berührt wird. Kennzeichen einer offenen und freien Gesellschaft ist, dass jeder sich kleiden kann, wie er oder sie es möchte. Provokantes Styling etwa ist Teil unserer Kultur und gehört zum Ausdruck von Persönlichkeit und ihrer Entfaltung. Auch Kopftücher können Kulturelles zum Ausdruck bringen. Aber die Burka als Vollverhüllung gehört nicht dazu und zwar aus mehreren Gründen. Ein einleuchtender Grund

wird im Artikel genannt, dass die Burka „Symbol weiblicher Unfreiheit“ sei. Ein weiterer, wichtiger Grund, der in die Diskussion gehört, ist die Bedeutung des „offenen Visiers“ für die Kommunikation innerhalb und die Nutzung des nicht-digitalen öffentlichen Raumes in unserer westlichen Welt. Im öffentlichen Raum braucht es Sichtbarkeit, damit er öffentlich genannt werden kann. Verhüllungen, Vermummungen, Schutzmasken für das Gesicht entziehen dem öffentlichen Raum die Öffentlichkeit und beschneiden ihn, weil in der Anonymität jegliche Identität unsichtbar bleibt. Jedes Auto muss sich in unserem Land durch ein sichtbares Kennzeichen identifizieren lassen können, damit die Unversehrtheit von Auto und Personen gesichert oder wiederhergestellt werden kann. In einer menschlichen Gesellschaft benötigen wir für den öffentlichen Raum die grundsätzliche Möglichkeit, das Gesicht des anderen, Augen und Mund, sehen zu können, um einander als Menschen erkennen zu können, um menschlich sein zu können. Daher hoffe ich sehr, dass die Forderung eines Burkaverbots von Julia Klöckner offen diskutiert wird und eine Umsetzung desselben über alle Parteigrenzen hinweg gefunden wird, die auch den Respekt vor anderen Kulturen einschließt.

Dr. Tilman Schreiber, Hamburg

Die Zuschriften geben die Meinung der Einsender wieder. Kürzungen vorbehalten. Briefe auch auf www.abendblatt.de
Schreiben Sie an brieft@abendblatt.de oder per Post an das Hamburger Abendblatt, 20445 Hamburg

LESERBRIEF DER WOCHE

Was würde Schmidt sagen?

⚡ Deutschland trauert um Helmut Schmidt. Am Wochenende ist die Trauer um die Opfer der brutalen Attentate in Paris hinzugekommen. Die Bevölkerung, so scheint es zumindest aus der Perspektive der Hamburger Presse, würde es überaus begrüßen, wenn sich die politische Klasse in der gegenwärtig so schwierigen politischen Situation, in der sich Deutschland und die EU (Griechenland-, Ukraine-, Flüchtlingskrise, Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus) befinden, weiterhin dialog- und ratsuchend an den krisenerprobten Altkanzler wenden könnte. Dabei sollte jedoch nicht vergessen werden, dass eine umfassende historische und politikwissenschaftliche Analyse und Würdigung der Bedeutung von Helmut Schmidt mehr Zeit benötigt und daher noch eine Weile auf sich warten lässt.

Allerdings haben bis zuletzt seine kurzen, in Reden, Interviews und Schriften unmissverständlich geäußerten Hauptsätze vielen Bürgerinnen und Bürgern geholfen, sich national und global zu orientieren und zu verstehen, worauf es politisch ankommt. Das Abendblatt würdigte zu Recht sein rhetorisches Talent. Helmut Schmidt war kein begabter Sophist, der „nur“ reden konnte, denn es ging ihm um politisches Handeln: Reden und Handeln standen bei ihm in einer virtuos beherrschten Beziehung. Diese Beziehung von Reden und Handeln während seiner Amtszeit (und später in konzeptioneller Hinsicht) trug zu der Entwicklung eines positiven Bildes bei, das sich die Deutschen allmählich nach der Herrschaft des Nationalsozialismus peu à peu von den Politikern gemacht haben, denen sie vertrauen: das Bildes vom verantwortungsethisch denkenden und handelnden Politiker. Von diesem Vertrauen in ihre Politik und ihre Politiker profitiert auch noch die gegenwärtige Regierung. Ich habe dabei die Trias von Merkel, Schäuble und de Maizière vor Augen.

Verantwortungsethisch handelnde Politiker wissen, ob dafür nun der Text von Max Weber „Der Beruf zur Politik“ eine Blaupause darstellt oder nicht, dass es nicht ihre inneren moralischen, möglicherweise religiös gefärbten Überzeugungen sind, die ihnen das Recht zur Ausübung ihres Amtes und zum Handeln innerhalb ihres politischen Spielraums verleihen, sondern dass sie ihren Beruf allein dem Rechtsstaat und der Übertragung der Macht des Volkes durch die demokratischen Verfahren (vor allem durch Wahlen) verdanken. Auch Politiker, die sich auf sogenannte höchste Werte (etwa Menschenrechte) berufen, „kämpfen“ (Max Weber) dabei um die politische Macht, Staat und Gesellschaft zu beeinflussen und zu gestalten, also um Gefolgschaft seitens des Volkes. Außerdem tun sie dieses als Berufspolitiker keineswegs frei von persönlichen Interessen. Keine politische Partei kann demzufolge für

sich beanspruchen, eine sogenannte höhere Werte gegenüber der Bevölkerung und gegenüber anderen verfassungskonformen Parteien einzunehmen.

Der Verfassungspatriotismus ist längst tief in der deutschen Bevölkerung verankert und trägt zu deren Erwartung bei, keine Lücken zwischen den Vorgaben des Rechtsstaats und der politischen Strategiebildung aufkommen zu lassen, auch nicht unter Bedingungen der europäischen Einigung. Helmut Schmidt verfügte hier über ein stabiles Koordinatensystem verantwortlicher Politik, welches das eigene Land und den behutsam in Gang gesetzten Prozess der Europäisierung umfasste, voller Respekt gegenüber seinen Partnern und gegenüber dem eigenen Land. Hätte Helmut Schmidt Letzterem jemals angedroht, es nicht mehr als „sein Land“ (Angela Merkel) anzusehen? Innerhalb des Rechtsstaats ist die Abwahl des Volkes durch die Regierung (Bertolt Brecht) ausgeschlossen.

Die terroristischen Attentate in Paris stellen einen gewalttätigen Angriff auf das freiheitliche Leben in modernen Gesellschaften („Nous sommes Paris“) dar, wie beispielsweise auf die in Deutschland so großzügig gewährten Freiheiten von der Religion und zur Religionsausübung. Der Bedrohung der Freiheit ist durch eine Politik der inneren und äußeren Sicherheit zu begegnen. Für Deutschland hat dieses einmal Otto Schily, der in seiner Zeit als SPD-Innenminister verantwortungsethisch dachte und handelte, in einem neben-satzlosen Hauptsatz ausgedrückt: Freiheit und Sicherheit stellen keine Gegensätze dar. Diese klare Einsicht bestimmt erkennbar die derzeitige französische Politik, vereinen Volk und Regierung. In unserem Lande dagegen – die Attentate am Fußballstadion in Paris zielten immerhin auch unmittelbar auf Deutsche (auf die deutschen Fans, auf die Nationalmannschaft und auf den Außenminister) – empfinde ich ein tiefes Misstrauen der politischen Klasse gegenüber dem eigenen Volk, wenn bei der Diskussion um die erforderlichen rechtsstaatlichen Kontrollen (ja, aber ...) in jedem zweiten oder dritten Satz dem eigenen Volk gedroht wird, sich wohlwollend gegenüber der eingewanderten Bevölkerung zu verhalten. Kein ernst zu nehmender Diskutant äußert hieran Zweifel oder lehnt Integration ab. Aber gegen diesen Ton permanenter, moralisch aufgeregter Maßregelung regt sich bei vielen Menschen Widerstand. Probleme der Integration, wie die verantwortungsethisch gebotene Erörterung geeigneter Mittel und Ressourcen, können in diesem Klima kaum vernünftig besprochen werden. Noch finden viele Bürger einseitigen traurigen Trost in Erinnerung an Helmut Schmidt, dessen Stimme sie in Echtzeit nicht mehr hören werden. Prof. Dr. Christiane Bender, Helmut-Schmidt-Universität